

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Lastwagenschlange am Brenner

(spk) Am Brenner hat sich am Montag morgen auf der Autobahn eine sieben Kilometer lange Schlange von Lastwagen gebildet. Die Fahrzeuge warteten auf die Abfertigung am italienisch-österreichischen Grenzübergang. Seit Tagen wird an der Zollstation am Brenner eine starke Zunahme des Warenverkehrs aufgrund der Blockaden in Frankreich verzeichnet.

Gescheitertes Attentat

Danielle Mitterrand, die Ehefrau des französischen Staatschefs, ist während einer Reise im irakischen Kurdengebiet einem Attentat entgangen. Nach Meldungen des französischen Radios ereignete sich der Anschlag in der Nähe der Stadt Sulaimanijah. Danielle Mitterrand will sich im Kurdengebiet über den Bedarf an Hilfsgütern unterrichten. Sie ist Vorsitzende der unabhängigen französischen Hilfsorganisation «France Libertés».

Unruhen in Townships

Die Welle der Gewalt in Südafrikas Schwarzeniedlungen hat am Wochenende 22 Menschenleben gefordert. Nach Angaben der Polizei vom Montag gab es den blutigsten Überfall in der Ostprovinz Natal, wo Unbekannte am Samstag auf ein Minibus-Taxi feuerten und dabei sechs Schwarze erschossen.

Verkehrskonzept für das Unterland

(paf) - In ihrer Sitzung vom 23. Juni hat die Regierung eine Eingabe von Einwohnern der Gemeinden Eschen, Mauren, Gamprin und Ruggell zur Kenntnis genommen. In dieser Eingabe wird die Ausarbeitung eines umfassenden Verkehrskonzeptes gefordert. Bis zum Vorliegen dieses Konzeptes sollen keine weiteren baulichen oder organisatorischen Veränderungen an der Transitroute im Unterland vorgenommen werden.

Aufgrund der vorliegenden Unterlagen beziehungsweise der bisher getätigten Vorarbeiten hat die Regierung beschlossen, eine neuerliche generelle Überprüfung der Verkehrssituation im Unterland vorzunehmen mit dem Ziel, im Rahmen eines Konzeptes eine Verbesserung der heutigen Verkehrssituation anzustreben. Regierungschef Hans Brunhart und Regierungsrat Wilfried Büchel wurden beauftragt, diese Angelegenheit zu koordinieren und zusammen mit den zuständigen Amtsstellen das weitere Vorgehen festzulegen. Die Gemeinden des Unterlandes werden im Laufe des Sommers über das weitere Vorgehen informiert. Das Verkehrsaufkommen im Unterland hat sich in den letzten Jahren stark erhöht, was auf gewissen Strassenabschnitten des Unterlandes die Lebensqualität der Anwohner bezüglich Luftreinheit und Verkehrssicherheit stark beeinträchtigt. Ein Konzept für eine langfristige Verkehrsplanung soll sich vor allem am Gesamtwohl der Bevölkerung orientieren und auch Belange der Umweltbelastung berücksichtigen.



Schöne Sachen -
Preise zum Lachen!

- 30% bis - 50%

Wanger Mode
Landstrasse 20, 9494 Schaan

Vor einer Neuauflage der Diskussion um die Gleichberechtigung?

Die Freie Liste reichte das Initiativbegehren für einen Gleichheitsartikel und ein Diskriminierungsverbot bei der Regierung ein

(G.M.) - Das Thema Gleichberechtigung könnte in unserem Land eine Neuauflage erleben, obwohl der Landtag in seiner letzten Sitzung einhellig eine Verfassungsänderung mit dem Zusatz «Mann und Frau sind gleichberechtigt» verabschiedete. Die Freie Liste reichte am Montag nachmittag bei der Regierungskanzlei eine diesbezügliche Verfassungsinitiative für einen Gleichheitsartikel und ein Diskriminierungsverbot ein. Die zweite Initiative, die ebenfalls die erforderliche Unterschriftenzahl laut Freie Liste erreichte, befasst sich - wie berichtet - mit der Abschaffung der 8-Prozent-Klausel.

Die Verankerung des Gleichheitsgrundsatzes «Mann und Frau sind gleichberechtigt», wie das der Landtag in seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause vornahm, warf in Liechtenstein keine hohen Wellen. Auch das Ringen im Parlament um die Frage, ob für die Anpassung der noch nicht dem Gleichheitsgrundsatz entsprechenden Gesetze eine Frist gesetzt werden sollte oder nicht, erregte die Gemüter in der Öffentlichkeit kaum. Anders könnte es mit der Initiative der Freien Liste werden, die in absehbarer Zeit im Landtag zur Diskussion steht und anschliessend mit grosser Wahrscheinlichkeit dem Volk zur Entscheidung vorgelegt wird.

Freie Liste fordert Diskriminierungsverbot

Im Gegensatz zur inzwischen verabschiedeten Regierungsvorlage, welche die Gleichberechtigung von Mann und Frau ausdrücklich betont, nachdem die Verfassung schon bisher festgelegt hatte «alle Landesangehörigen sind vor dem Gesetze gleich», soll nach der Initiative der Freien Liste dieser Verfassungsartikel einen Zusatz erhalten, dessen Kernpunkt lautet: «Gesetzgebung und Vollziehung haben jede diskriminierende Unterscheidung aus dem Grund der Rasse, des Geschlechtes, der religiösen oder politischen Überzeugung wie der Lebensform zu unterlassen». Nach Auffassung der Freien Liste gewinnt das Fürstentum Liechtenstein damit «Anschluss an die Entwicklung in anderen europäischen Ländern, die in letzter Zeit Antidiskriminierungsgesetze erlassen haben.» Der neue Verfassungsartikel ermöglicht es den aufgrund ihres Geschlechtes, ihrer Rasse oder religiösen Überzeugung Diskrimi-



Eine Vertreterin und ein Vertreter der Freien Liste reichten am Montag nachmittag bei der Regierungskanzlei die Unterschriftenbögen für die Initiativen für die Aufnahme eines Diskriminierungsverbotes in die Verfassung sowie für die Abschaffung der 8-Prozent-Klausel bei Wahlen ein. (Bild: Beat Schurte)

nieren, hält die Freie Liste in der Begründung der Initiative fest, sich auf ihre Rechte zu berufen und diese vor Gericht einzuklagen.

Problematik der Fristsetzung

Gerade aber den Gang zum Richter wollte die Regierungsvorlage mit dem Gleichberechtigungsgrundsatz, die vom Landtag einhellig verabschiedet wurde, verhindern. Nach allgemeiner Auffassung sollte der Gesetzgeber die Anpassung der nicht in Übereinstimmung mit dem Gleichheitsgrundsatz stehenden Gesetze vornehmen, damit nicht Gerichtsentscheide an die Stelle von gesetzgeberischer Tätigkeit treten müssten. Ursprünglich allerdings wollte die Regierung den zeitlichen Rahmen einer Anpassungsfrist offenlassen, wobei sie vor allem auf die Schwierigkeiten bei der Ausgestaltung der Bürgerrechtsgesetze hinwies und die Änderung des Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherungsrechts erwähnte, die aufgrund des Sozialversicherungsabkommens in Übereinstimmung mit der schweizerischen 10. AHV-Revision in Angriff genommen werden soll. Die Kompromisslösung im Landtag, die einerseits die Verankerung des Gleichberechtigungsgrundsatzes umfasst,

andererseits aber ihren Ausdruck in einer Motion mit klaren Zielformulierungen findet, geht über das von der «Kommission für die Gleichberechtigung von Mann und Frau» hinaus, die eine Frist für Anpassungen im privatrechtlichen Bereich von höchstens fünf Jahren, für den Bereich des öffentlichen Rechts von längstens zehn Jahren forderte. Die von beiden Fraktionen im Landtag getragene Motion ersucht die Regierung, Gesetzesänderungen zur Anpassung an den Gleichheitsgrundsatz im Verlaufe der nächsten Legislaturperiode - «bis spätestens Dezember 1986» - in Vorschlag zu bringen.

Freie Liste fordert Frist von zwei Jahren

Nachdem sich Regierung und Landtag vor wenigen Wochen auf diese Vorgangsweise geeinigt haben, fordert die Freie Liste mit ihrer Initiative die Anpassung in viel kürzerem Zeitraum und möchte diese Frist auch in der Verfassung ausdrücklich verankern: «Die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Rechtsvorschriften, die diesem Gesetz widersprechen, sind binnen einer Frist von zwei Jahren anzupassen.» Neben der allgemeinen Diskussion um die Gleichberechtigungsfrage dürfte dieser Zusatz die sieben im Land-

tag mit einem Kompromiss beendete Streitfrage über die Fristenaufnahme in die Verfassung neu beleben. «Eine Frist von zwei Jahren», heisst es dazu knapp und bündig in der Begründung der Freien Liste, «bietet die Gewähr dafür, dass die notwendigen Anpassungen nicht weiter auf die lange Bank geschoben werden.» Eine andere Auffassung vertritt zu dieser Sachlage Landtagspräsident Dr. Karlheinz Ritter. «Eine Fristsetzung hätte nämlich zur Folge gehabt», erklärte er im Anschluss an die Landtagssitzung, «dass nach deren Ablauf in allen noch nicht angepassten Bereichen aufgrund beliebiger Beschwerden der Staatsgerichtshof hätte entscheiden und sich auf diese Weise anstelle des Landtags als Gesetzgeber betätigen müssen. Davon abgesehen wäre es unerfindlich, warum ein Parlament sich selber verfassungsmässige Fristen zur Erfüllung seiner Aufgaben setzen würde, auch wenn diese unbestrittenermassen zeitlich dringlich sind.»

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit?

Ebenfalls eine Neuauflage wird die Diskussion über die Thematik «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit» erleben, denn die Freie Liste fordert mit ihrer Initiative die Festschreibung dieses Grundsatzes in der Verfassung. Bereits 1985, als die Initiative durch die Gruppe «Gleiche Rechte für Mann und Frau» eingereicht wurde, bedeutete dieser Grundsatz die Freisetzung von erheblichen Kräften bei Gegnern wie Befürwortern, obwohl im Zentrum der Auseinandersetzungen auch damals die Fristfrage stand. Der dem Initiativbegehren einer Gruppierung, bestehend vorwiegend aus Frauen, entgegen-gesetzte Gegenvorschlag des Landtags enthielt zwar auch den «Anspruch auf gleichen Lohn bei gleicher Arbeit», doch für die Realisierung dieses Grundsatzes war dem Vorschlag keine Fristsetzung beigegeben. Letztlich scheiterten Initiative und Gegenvorschlag am 1. Dezember 1985 an der Volksabstimmung, weil zum damaligen Zeitpunkt im Fürstentum Liechtenstein die Möglichkeit des «doppelten Ja» bei Abstimmungen noch nicht gegeben war. Inzwischen aber besteht diese Möglichkeit seit der positiven Volksabstimmung 1987, so dass dem Gleichheitsartikel und Diskriminierungsverbot der Freien Liste, auch wenn Regierung und Landtag einen Gegenvorschlag entgegenstellen sollten, durchaus Chancen eingeräumt werden müssen.

Das Kinderheim Gamander wird umfunktioniert

Presseinformation I. D. Fürstin Marie von Liechtenstein im Beisein des Exekutivkomitees des LRK über das Kinderheim

(S.M.) - Das Kinderheim Gamander in Schaan wird ab Herbst eine neue Aufgabe bekommen. Das 1965 in Schaan bezogene Kinderheim Gamander soll zukünftig der Aufnahme von erholungsbedürftigen Kindern aus Kriegs- und Krisengebieten dienen. «Das Kinderheim Gamander ist seit geraumer Zeit unterbelegt. Damit wurden die Kosten unverhältnismässig hoch», so I. D. Fürstin Marie von Liechtenstein an der Presseinformation gestern vormittag auf Schloss Vaduz. Für die sechs Kinder im Alter von vier bis dreizehn Jahren konnten ihren Bedürfnissen entsprechende Unterkünfte gefunden werden, in denen sie wie in familiären Verhältnissen leben können.

Schon seit geraumer Zeit ist das Exekutivkomitee des liechtensteinischen Roten Kreuzes, LRK, in Sorge über das Kinderheim Gamander. Im Kinderheim in Schaan, das Platz für zwölf Kinder zur Verfügung hätte, finden seit letztem Jahr «nur» sechs Kinder Unterkunft und Erziehung. Aufgrund der hohen Personalkosten und einem hohen Defizit - der Personalbestand bleibt sowohl bei einer Unter- wie auch bei einer Vollbelegung beinahe derselbe - musste nun nach einer Lösung gesucht werden.

An der Presseinformation, die am Montag vormittag auf Schloss Vaduz

stattfand, waren neben I. D. Fürstin Marie von Liechtenstein, Präsidentin des LRK, auch Dr. Marianne Marxer, Auslandsdelegierte, Dr. Heinz Batliner, Generalsekretär, Armin Meier, Leiter des Fachreferats, und Mag. Richard Biedermann vom Amt für Soziale Dienste anwesend.

Das Amt für Soziale Dienste war es auch, das im April dieses Jahres von der Regierung und dem LRK den Auftrag bekam, nach geeigneten Unterbringungs-möglichkeiten zu suchen. Mag. Richard Biedermann führte aus: «Man hat uns das

(Fortsetzung auf Seite 2)



Gestern vormittag informierte I. D. Fürstin Marie von Liechtenstein im Beisein des Exekutivkomitees des LRK über die neue Aufgabe des Kinderheims Gamander. (Bild: Brigitt Risch)

FL-Initiativen

Vertreter der Freien Liste reichten gestern nachmittag zwei Initiativbegehren ein, die nach den vorliegenden Angaben die notwendige Unterschriftenzahl aufweisen.

- Das Initiativbegehren für ein Diskriminierungsverbot trägt 1647 Unterschriften.
 - Die Initiative für die Abschaffung der 8-Prozent-Klausel bei Wahlen unterzeichneten 1660 Stimmberechtigte.
- Die Unterschriften werden nun überprüft, anschliessend wird die Regierung dem Landtag Bericht erstatten.

Aktionskomitee «Ja zum EWR» gegründet

Bern (AP) Ein mit Führungskräften aus Politik und Wirtschaft dotiertes Aktionskomitee «Ja zum EWR» ist am Montag gegen die EWR-Gegner in der Offensive gegangen. An einer Pressekonferenz in Bern legten Angehörige des Komitees dar, dass sie vor allem mit wirtschaftlichen Vorteilen des EWR-Beitritts das Stimmvolk «für die Zweck-Heirat mit Scheidungsmöglichkeit» gewinnen wollten.